

Leipziger Tageblatt

und

Anzeiger.

N^o 350.

Sonntag den 16. December.

1849.

Landtag.

Siebente öffentliche Sitzung der ersten Kammer
am 14. December 1849.

Die Interpellation v. Wagdorfs in Betreff der Abschaffung der Todesstrafe und der Einführung der Civilehe nebst Standesbüchern beantwortete Min. Zschinsky: besondere Gesetzesentwürfe hierüber vorzulegen, sei die Regierung nicht gesonnen; denn bei Berathung des umgearbeiteten Strafgesetzbuches werde die Frage über Abschaffung der Todesstrafe mit zu erledigen sein; vor der Hand sei — und zwar am 3. Januar d. J. — der vom König sanctionirte Beschluß gefaßt worden, keine Todesstrafe mehr vollstrecken zu lassen. Die Civilehe werde, so wie die Standesbücher-einrichtung, einen Theil des Civilgesetzbuchs ausmachen, das dem nächsten Landtage vorgelegt werden solle. v. Wagdorf ist, da die Abschaffung der Todesstrafe gar nicht mehr fraglich sei, nicht befriedigt und behält sich Weiteres vor. Der Reg.-Comm. v. Wisleben beantwortet die Interpellation Dufour-Feronce's wegen der Einquartierungslast in Dresden: es seien wegen Unterbringung der Soldaten in communlichen Gebäuden Unterhandlungen ohne Erfolg angeknüpft worden; der Stadt liege die Unterbringung der Soldaten ob, sie habe auch Vortheile von der Garnison; die umliegenden Dörfer seien in den letzten 2 Jahren auch sehr bequartiert worden, und hätten sich auch so verhalten, daß es keiner Einquartierung dort bedürfe. Dufour enthält sich zwar eines Antrags, bemerkt aber, daß es unbillig sei, der Stadt Dresden für die zeitweilig verstärkte Garnison eine kostspielige Casernierung zumuthen zu wollen und sie für etwaige Unterlassungssünden bei dem Maiaufstande, der ihr ohnehin so viel Schaden verursacht, so hart büßen zu lassen. Mit den Vortheilen der Garnison sei es nicht so weit her.

Der Legitimationsauschuß (Ref. Garten) trägt den Bericht über v. Wagdorfs Wahl nochmals vor. In einer Abtheilung des 40. Wahlbezirks sind 40 Wähler nach der anberaumten Frist noch zur Anmeldung gekommen, in einem andern Orte hat der Gemeindevorstand Zettel ins Haus geschickt. Obschon nun nach Abzug aller dieser Stimmen v. Wagdorf doch eine Majorität von 5 Stimmen gehabt hätte und deshalb auch der Bezirksauschuß ihn für schlechterdings gewählt erachtet, so beantragt doch der Legitimationsauschuß in der betreffenden Abtheilung eine nochmalige Wahl. Dieser Antrag wird bekämpft von Prinz Johann, Schenk, Glumann, v. Carlowitz, vertheidigt von Joseph, Weinlig, Mammen und dem Referenten. Durch Annahme (gegen 9 Stimmen) des Antrags v. Carlowitz's, den Abg. v. Wagdorf definitiv zuzulassen, wird diese Angelegenheit erledigt.

Der Beschwerdeauschuß beantragt sodann durch Kreisfchmar die Abweisung einer Beschwerde Wiewegers und Gen. in Dorfchemnitz wegen verweigerter Grundsteuerentschädigung.

Weinlig berichtet ferner über die Wahl Köbigers im 44., 45. und 46. Wahlbezirke. Derselbe giebt als Pächter eines Rittergutes mit 2 Vorwerken 7 Thlr. 15 Ngr. und als Grundbesitzer 2 Thlr. 14 Ngr. 2 Pf., also 9 Thlr. 29 Ngr. 2 Pf. Abgaben, und hat erst nach Annahme der auf ihn gefallenen Wahl noch ein Grundstück gekauft (am 28. Nov.), ist mithin, da er nicht 10 Thaler Census hatte, nicht wählbar gewesen. Buhl beantwortet zwar eine für Köbiger günstige Entscheidung der Kammer, jedoch tritt diese gegen eine Stimme dem Antrage des Ausschusses bei, Köbigers Wahl nicht anzuerkennen.

Schließlich wird dem Decrete über die Rübenzuckersteuer, den Zuckercoll und die Zollvergünstigung für gereinigte Soda Genehmigung erteilt.

Siebente öffentliche Sitzung der zweiten Kammer
am 14. December 1849.

Der Abgeordnete des 25. Bezirks, Raumann, wird vereidigt. Auf der Tagesordnung steht nur die Berathung des in der letzten Sitzung vorgetragenen Antrages des Ausschusses zur Prüfung der Reclamationen solcher zu Abgeordneten Gewählten, die suspendirt sind, gegen ihre Nichteinberufung. Hähnel bringt gegen diesen Antrag (daß die Regierung den an Stelle der suspendirt Gewählten die Einberufungsschreiben nicht eher schicken solle, als bis die Kammer entschieden habe,) einen andern ein: „daß man diese Nachgewählten — wie bisher — provisorisch eintreten lassen solle.“ Gegen diesen Hähnel'schen Antrag traten Haberkorn, Ziesler, Koch, Heisterbergk auf, für ihn Kosenhauer, Rauch, Wigand, Kalb, Min. v. Friesen, welche geltend machen, daß die Wähler auch des Zweitgewählten ein Recht darauf hätten, sich vertreten zu sehen, daß man schon jetzt anders verfahren sei und nicht einsehe, warum nur bei Nachwahlen statt Suspendirter es so gehalten werden solle. Der Antrag auf Schluß der Debatte machte dieser, die sehr wenig kurzweilig war, ein Ende. Bei der ersten Abstimmung sollten 28 gegen 27 Stimmen den Ausschussantrag verworfen haben, die Gegenprobe ergab aber, daß 30 für letzteren gestimmt hatten.

Witterungs- und Krankheitsverhältnisse im Monat November.

Derselbe zählte nur 6 heitere, 14 leicht bewölkte und 7 regnerische Tage; am 3. war Schneefall. Die Temperatur (früh 8 Uhr) sank in der ersten Hälfte bei SW. im Mittel bis auf +5,3 und in der zweiten Hälfte bei vorherrschendem N. bis auf -3,3 herab. Der kälteste Tag war am 26.: -9. Der niedrigste Barometerstand war am 25.: 27" 3,1", der höchste am 9.: 28" 3".

Außer fast allgemein verbreiteten mehr oder minder heftigen Katarrhen der Luftwege wurden Rheumatismen und bei Kindern Scharlach beobachtet. Die Sterblichkeit betrug excl. 7 todgeb. Knaben und 5 Mädchen 119; davon starben:

unter dem ersten Halbjahr	10 männl. und 9 weibl. Indiv.,
vom Halbjahr bis 1. Jahr	1 " " 2 " "
" 1-5. Jahr . . .	12 " " 5 " "
" 5-10. " . . .	6 " " 4 " "
" 10-20. " . . .	1 " " 1 " "
" 20-30. " . . .	2 " " 1 " "
" 30-40. " . . .	5 " " 3 " "
" 40-50. " . . .	7 " " 5 " "
" 50-60. " . . .	4 " " 8 " "
" 60-70. " . . .	7 " " 10 " "
" 70-80. " . . .	7 " " 6 " "
" 80- " . . .	2 " " 1 " "
	64 männl., 55 weibl. Indiv.

Verantwortlicher Redacteur: Professor Dr. Schletter.